



Mitteilung für die Medien

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
bundesausschuss@friedensratschlag.de
Tel.: 0561--93717974

„Vereint gegen Aufrüstung und Krieg“ Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt Proteste gegen Nato-Sicherheitskonferenz am 13.2. in München

- **Aktionsberatungen im Anschluss an die SiKo-Proteste am 14.2. in München**
- **Vorbereitungen für Ostermärsche bundesweit angelaufen – Friedensinitiativen vor Ort verzeichnen Zulauf**
- **Bundesweiter Friedensratschlag findet auch 2016 in Kassel statt**

Kassel/München, 27.1.2016. Der Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt die Demonstration gegen die Nato-Sicherheitskonferenz am 13. Februar 2016 in München und ruft dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen. „Die Friedensbewegung wird die Proteste gegen die so genannte Sicherheitskonferenz als Auftakt für weitere gemeinsame Aktionen gegen Krieg und Militarisierung der Politik nutzen“, sagte Willi van Ooyen (Frankfurt a. M.), einer von fünf SprecherInnen des Bundesausschuss. Die nächsten Aktionsberatungen seien für den 14.2. in München geplant. Viele Friedensinitiativen intensivierten derzeit ihre Zusammenarbeit, der Friedensratschlag im Dezember in Kassel mit mehr als 400 Teilnehmenden habe dazu den Anstoß gegeben, so Horst Trapp (Frankfurt a. M.) vom Bundesausschuss. Der Ratschlag, der auch in diesem Jahr wieder in Kassel stattfinden soll, sei der Auftakt zu einem neuerlichen Anwachsen der Friedensbewegung gewesen, so Trapp.

Ostermarsch-Aufrufe erfahren gute Resonanz

Zum dem Treffen des Bundesausschuss Friedensratschlag in Kassel kamen Vertreterinnen und Vertreter von Friedensinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet. Themen unter anderem: Der Protest gegen den grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Einsatz der Bundeswehr in Syrien und der Stand der Vorbereitungen zu den bundesweiten Ostermärschen. Im Mittelpunkt der Aufrufe, die bislang vorlägen und eine gute Resonanz erführen, stünden die Forderungen nach Beendigung aller Bundeswehreinätze im Ausland, Rüstungsexporte zu stoppen, Kriegsursachen zu beseitigen und zivile Lösungen zu schaffen, um so Fluchtursachen zu bekämpfen.

„Deutschland ist mitverantwortlich, dass Millionen Menschen fliehen“

Deutschland sei mitverantwortlich dafür, dass Millionen Menschen auf der Flucht seien, so Frank Skischus vom Kasseler Friedensforum, der neu in den Sprecherkreis des Bundesausschuss berufen wurde. „Besonders deutlich

wird dies daran, dass Deutschland unvermindert Rüstungsgüter nach Oman, Katar und Saudi-Arabien exportiert. Saudi-Arabien und die Türkei unterstützen aber den Islamischen Staat. So heizt jede Waffe, die aus Deutschland geliefert wird, die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region weiter an“.

Geld für Flüchtlingshilfe statt für Rüstungsgüter

Mit Blick darauf fordert der Bundesausschuss die Bundesregierung auf, alle Genehmigungen für Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten zurückzunehmen. „Die fast 600 Millionen Euro, die das Bundesverteidigungsministerium für israelische Kampfdrohnen bereit gestellt hat, könnten besser als humanitäre Hilfe für Flüchtlinge verwendet werden“, sagte Bundesausschuss-Sprecher Lühr Henken (Berlin). Ebenso müsse die Produktion von Rüstungsgütern gestoppt und ein finanziell untermauertes Konversionsprogramm von der Bundesregierung auf den Weg gebracht werden, so der Bundesausschuss Friedensratschlag.

Rückfragen an:

Lühr Henken, Tel.: 0160 4066630

Bundesausschuss Friedensratschlag:

*Der Bundesausschuss Friedensratschlag mit Sitz in Kassel ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von Menschen, die sich in lokalen und regionalen Friedensinitiativen engagieren. Der Ausschuss trifft sich regelmäßig, erarbeitet friedenspolitische Initiativen nach aktuellen politischen Analysen, organisiert Sommerakademien und, in Zusammenarbeit mit der AG Friedensforschung, den jährlichen friedenspolitischen Ratschlages, bereitet mit anderen Teilen der Friedensbewegung Aktionskonferenzen vor und unterstützt bundesweit zentrale Termine der Friedensbewegung wie die Ostermärsche und Veranstaltungen zum Antikriegstag / Weltfriedenstag. Die Arbeitsweise des Bundesausschuss Friedensratschlag ist offen und unbürokratisch und lädt zum Mitmachen ein. SprecherInnen des Bundesausschuss sind Lühr Henken (Berlin), Willi van Ooyen (Frankfurt a.M.), Anne Rieger (Graz), Bärbel Schindler-Saefkow (Berlin), Frank Skischus (Kassel).
www.friedensratschlag.de*